

Prüfungsrecht

Zumindest jeder, der zum 3. Mal durchgefallen ist, steht vor der Frage, ob er sich dagegen wehren will oder nicht. Denn damit ist der Abbruch des Studiums und die Exmatrikulation verbunden.

Die Rechtsmittel, mit denen man die Entscheidungen angreifen kann, sind zunächst der Widerspruch (schriftlich, unterschrieben, Zugang sichern!) und sodann die Klage bei dem Verwaltungsgericht (VG) mit anschließender eventueller Berufung bei dem Oberverwaltungsgericht (OVG).

Dies ist ein langer Weg: von Aachen bis Münster können locker schon mal 2-3 Jahre ins Land gehen, ehe man dann in der Regel endgültig weiß, ob man nun Recht bekommen hat oder nicht.

Daher ist es in vielen Fällen unerlässlich, zusätzlich den vorläufigen Rechtsschutz bei den Gerichten zu suchen, also bei dem VG einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO zu stellen und eventuell, wenn man dort nicht oder nur zum Teil Recht bekommt, das OVG bzw. den VGH (Verwaltungsgerichtshof) mittels einer Beschwerde anzurufen.

Nur so kommt man relativ zügig zu einer vorläufigen Entscheidung der Gerichte. Die Verfahrensdauer beträgt in NRW ca 3-4 Monate.

Jüngster Fall in Aachen:

Klage eines BWL-Studenten gegen den „endgültigen Nichtbestehensbescheid“ nebst Eilverfahren:

Das VG hatte die Prüfer immerhin zur Neubewertung verpflichtet; auf die Beschwerde des Studenten hin verurteilte der 14. Senat des OVG Münster dann den Prüfungsausschuß antragsgemäß und weitergehend dazu, die Klausur vorläufig für bestanden zu erklären und den Studenten zu weitergehenden Prüfungen zuzulassen.

Ein schöner Erfolg also, aber hart erkämpft!

Aachen, den 23.9.04

Dr. Groß, Rechtsanwalt